

Mit neuen Perspektiven die Zukunft meistern

Die Wirtschaft in Wien erholt sich nur langsam von den dramatischen Rückschlägen, die Covid-19 seit dem Frühjahr verursacht. Viele Betriebe versuchen mit neuen Ideen gegenzusteuern - und haben damit Erfolg. Doch was ist mit der Politik? Macht sie den Standort zukunftsfit?

07.10.2020, 15:53



© NICK STARICHENKO/SHUTTERSTOCK

Es braucht ein neues Insolvenzrecht

„Damit Sanierungsbemühungen erfolgreicher sind und nicht zu spät greifen, muss ein Reorganisationsverfahren eingeleitet werden, bevor ein Insolvenzgrund vorliegt“, skizziert WK Wien-Präsident Walter Ruck die zentrale Stoßrichtung seines Konzepts zur Reform des heimischen Insolvenzrechts. Voraussetzung für den Zugang zu diesem Verfahren müsse sein, dass das Unternehmen noch nicht insolvent ist, jedoch bereits Reorganisationsbedarf besteht (Eigenmittelquote von weniger als acht Prozent, Schuldentilgungsdauer von mehr als 15 Jahren). Die Einleitung bei drohender, aber noch nicht gegebener Zahlungsunfähigkeit sollte ebenfalls möglich sein.

„Mein Ziel ist, dass viele Betriebe dadurch bestehen bleiben“

Im Gegensatz zum derzeitigen Verfahren wäre ein automatischer Aufschub von Eintreibungsaktivitäten sinnvoll, so der Plan. Die Entscheidung des zuständigen Gerichts sollte eine Gläubigerzustimmung ersetzen, wenn die Gläubiger durch den Reorganisationsplan zumindest das erhalten, was sie bei einer Liquidation oder einem Alternativszenario (z.B. Sanierungsplan) erhalten hätten. Für Unternehmen, bei denen Zahlungsunfähigkeit droht, müsse im Rahmen des Reorganisationsplans die Vereinbarung einer Quotenzahlung möglich sein. Für die Umsetzung des Reorganisationsplans sollten Betriebe

fünf statt wie bisher zwei Jahre Zeit bekommen. Die Möglichkeit für den Unternehmer, dem Gläubiger Beteiligungen am Unternehmen anzubieten, wäre ebenfalls zu normieren. Die Entscheidung sollte beim bisherigen Anteilseigner liegen. Zudem soll eine Insolvenzsperrnormiert werden: Insolvenzanträge durch Gläubiger wären dann für die Dauer des Reorganisationsverfahrens ausgeschlossen

Mit Steuern Jobs schaffen

Entlasten, entlasten, entlasten - das ist das Gebot der Stunde, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bekommen. Ganz besonders betrifft das den wichtigsten Punkt aller Arbeitgeberbetriebe - die hohen Lohnnebenkosten. Die Wirtschaftskammer Wien spricht sich für eine deutliche Entlastung des Faktors Arbeit aus, um den hohen Arbeitslosenzahlen steuerlich entgegenzuwirken. „Durch die Senkung der Lohnnebenkosten schaffen wir Jobs“, sagt WK Wien-Präsident Walter Ruck.

Das Maßnahmenbündel, das die WK Wien im Bereich Steuern vorschlägt, geht aber noch weiter

- Weitere Senkung der Einkommensteuer, um Unternehmer und ihre Mitarbeiter zu entlasten und die Kaufkraft zu stärken.
- Absetzbarkeit des Arbeitsplatzes im Wohnungsverband.
- Senkung der Körperschaftsteuer.
- Abschaffung der Werbeabgabe.
- Verlängerung der steuerlichen Investitionsanreize.
- Leichteres Abschreiben.

Mehr „Privat“ im öffentlichen Raum

Das Tiefgaragen-Projekt „Neuer Markt“ geht in die Schlussphase. Im nächsten Jahr folgt die Oberflächengestaltung, die als PPP-Projekt (Public-Private-Partnership) umgesetzt wird. Nach der Umgestaltung der Herrngasse und Rotenturmstraße ist der Platz „Neuer Markt“ nun das nächste Innenstadt-Projekt, das unter maßgeblicher Beteiligung von privater Seite - sowohl planerisch wie auch finanziell - fertiggestellt wird. In einem umfassenden Beteiligungsprozess wurden die Anliegen der betroffenen Anrainer - Bewohner wie auch der Wirtschaft - bestmöglich miteinbezogen.

„Machen wir aus Wien ein Schmuckkasterl. Jetzt sichern die Investitionen wichtige Jobs, morgen bringen sie Rendite und Wohlstand“

Mehr „Privat“ bei der Gestaltung des öffentlichen Raums liegt also im Trend. „Stadtentwicklung macht in Zusammenarbeit von privater Seite und öffentlicher Hand einfach mehr Sinn. Denn gerade die direkten Anrainer und ansässigen Betriebe wissen am besten, was es braucht, um das Grätzel attraktiver zu gestalten. Public-Private-Partnership gehört die Zukunft in der Stadtplanung“, erklärt Alexander Biach, Standortanwalt in der Wirtschaftskammer Wien. Im letzten Jahr hat der Wiener Standortanwalt die bereits fertiggestellten Umgestaltungen der Cityprojekte Herrngasse, Rotenturmstraße und Stephansplatz unter die Lupe genommen. Das Fazit war eindeutig: Die Verkehrsberuhigung, Modernisierung und Umgestaltung der Erdgeschoßzone im innerstädtischen Bereich bringt mehr Frequenz und mehr Umsatz. Der Wiener Standortanwalt empfiehlt, die touristische Flaute gerade jetzt für umfangreiche Umgestaltungsmaßnahmen zu nützen.

Auf Fachkräfte nicht vergessen

Trotz Wirtschaftskrise gibt es auch jetzt in manchen Branchen einen Mangel an Fachkräften. Und wenn der Aufschwung wieder einsetzt, erst recht. Daher darf auf den Fokus auf die Ausbildung zusätzlicher Fachkräfte auch jetzt nicht vergessen werden. Speziell in der Lehrlingsausbildung sind weitere Erleichterungen für Betriebe notwendig, um mehr Lehrstellenplätze zu schaffen.

Dazu schlägt die WK Wien folgende Maßnahmen vor

- Die Refundierung der Kommunalsteuer auf Lehrstellen durch die Stadt Wien.
- Lehrlingsstipendien für erwachsene Lehrlinge, um diese Zielgruppe stärker für die Lehre zu gewinnen.
- Mehr Geld bei Übernahme eines Lehrlings aus überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen.
- Weniger Bürokratie bei Meldepflichten und der Auflösung von Lehrverhältnissen.

Das könnte Sie auch interessieren



MODUL Tourismusschulen übersiedeln in den wko campus wien

Wirtschaftskammer Wien investiert 56,8 Millionen Euro in den Umbau ihres Bildungsstandorts am Währinger Gürtel [➤ mehr](#)



Wien auch während Corona-Krise Gründerhauptstadt

Verglichen mit dem ersten Halbjahr 2020 sind heuer die Neugründungen in Wien im ersten Halbjahr um 19 Prozent gestiegen. [➤ mehr](#)

